Ratsvorsitzende Droste ruft den TOP anhand der Vorlage auf und teilt mit, dass die Gruppe CDU/FDP mit Schreiben vom 03.12.2019 erklärt hat, dass sie grundsätzlich damit einverstanden ist, wenn eine Aufteilung der Investitionskosten für die Baukosten für das Gebäude auf die Mitgliedsgemeinden und für die Einrichtung und Außenanlagen mit Spielgeräten auf die Samtgemeinde entfallen. Die Gruppe CDU/FDP ist der Meinung, dass wegen der Erhöhung der Zuschüsse des Landkreises an die Samtgemeinde für Investitionen im Kindergartenbereich auch der Baukostenzuschuss der Samtgemeinde von 10 % auf 20 % erhöht werden sollte. Die Entscheidung über die Einrichtung der Kindergartenräume und die Gestaltung der Außenanlagen mit Spielgeräten soll nach Auskunft der Gruppe CDU/FDP allerdings nicht allein bei der Samtgemeinde liegen, sondern hier sollte ein Einvernehmen mit den Mitgliedsgemeinden hergestellt werden, auch wenn die Samtgemeinde die Investitionskosten allein trägt. Da die Mitgliedsgemeinden die Bedürfnisse vor Ort besser kennen, ist hier ein Mitspracherecht sinnvoll.

Ratsvorsitzende Droste berichtet ferner, dass aufgrund des Antrages der Gruppe CDU/FDP und der letzten Bürgermeisterrunde die Verwaltung dem Wunsch nach einer einvernehmlichen Mitsprache bei der Festlegung von Inventar und Spielgeräten nachgekommen ist. Samtgemeindebürgermeister Dr. Baier hat den Fraktionsvorsitzenden den überarbeiteten Entwurf der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zugemailt. Um den Vereinbarungstext möglichst wenig zu verändern, wurde eine kurze Ergänzung in § 5 Abs. 5, Abs. 6 und Abs. 9 aufgenommen.

Dr. Baier hat ferner darauf hingewiesen, dass nach bisheriger Überlegung der Samtgemeindeverwaltung jede Gemeinde die Möglichkeit hat, mit den jeweiligen Trägern diese Regelung in der Nutzungsvereinbarung gemäß § 4 der Vereinbarung je nach Bedarf und Wunsch der Gemeinde festzulegen. Mit der jetzt geforderten Ergänzung gilt diese Regelung verpflichtend für alle Mitgliedsgemeinden. In der Finanzierungsvereinbarung ging es nach dem Verwaltungsentwurf nur um die Kostenzuständigkeit und nicht um die Zuständigkeit für die Gestaltung der Einrichtung und des Außengeländes. Die Einvernehmens-Herstellung für die Einrichtungsausstattung muss sich daher als Vorgabe an den jeweiligen Kita-Träger richten. Hierfür war der Abschluss der Nutzungsvereinbarung vorgesehen.

Die jetzt gewünschten Ergänzungen in der Finanzierungsvereinbarung erreichen lediglich die Samtgemeinde in ihrer Zuständigkeit als Kita-Träger. Die anderen Träger, z.B. die Kirchengemeinden, sind nicht Vertragspartner dieser Finanzierungsvereinbarung. Wenn die Gemeinden auch die freien Träger in der gleichen Form binden wollen, muss dies gesondert mit den jeweiligen Trägern in der jeweiligen Nutzungsvereinbarung geregelt werden.

Ratsvorsitzende Droste führt ferner aus, dass der Antrag der Gruppe CDU/FDP auf Erhöhung des Baukostenzuschusses von 10 % auf 20 % in der SGA-Sitzung vor der heutigen Ratssitzung mit 4 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen abgelehnt wurde. Der Antrag auf Herstellung des Einvernehmens mit

den Mitgliedsgemeinden bei der Entscheidung über die Einrichtung der Kindergartenräume und die Gestaltung der Außenanlagen mit Spielgeräten wurde einstimmig angenommen. Der Samtgemeindeausschuss hat dem Samtgemeinderat einstimmig empfohlen, dass der Samtgemeindebürgermeister ermächtigt wird, die der Sitzungsvorlage beigefügte „Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über den Betrieb und die Finanzierung der Kindertagesbetreuung in der Samtgemeinde Bersenbrück“ mit Wirkung vom 01.01.2020 mit den Mitgliedsgemeinden der Samtgemeinde Bersenbrück mit den Ergänzungen in der Vereinbarung abzuschließen.

Gruppenvorsitzender Uphoff erklärt, dass die Gruppe CDU/FDP sich eine Erhöhung des Baukostenzuschusses der Samtgemeinde Bersenbrück von 10 % auf 20 % wünschen würde. Die Samtgemeinde Bersenbrück ist finanziell durchaus in der Lage, da der Baukostenzuschuss nur zum Tragen kommt, wenn eine Kindertagesstätte gebaut wird. Der örtlichen Tagespresse war zu entnehmen, dass die Samtgemeinde Bersenbrück einen Rekordüberschuss von über 2 Mio. Euro beim vorläufigen Jahresabschluss für das Jahr 2018 erzielt hat. Des Weiteren hat der Landkreis Osnabrück die Kreisumlage um 3 Punkte gesenkt, wovon die Samtgemeinde ganz erheblich profitiert. Vor diesem Hintergrund wurde von der Gruppe CDU/FDP ein Baukostenzuschuss von 20 % gewünscht. Gruppenvorsitzender Uphoff beantragt als Kompromissvorschlag nunmehr, dass der Baukostenzuschuss der Samtgemeinde Bersenbrück von 10 % auf 15 % erhöht werden sollte.

Ratsherr Menke erklärt im Namen des bunten Bündnisses, dass dem Samtgemeinderat ein guter Verwaltungsentwurf über die Neuregelungen zu den Zuständigkeiten und zur Finanzierung der Kindertagesbetreuung in Form der „Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über den Betrieb und die Finanzierung der Kindertagesbetreuung in der Samtgemeinde Bersenbrück“ vorgelegt wurde. Danach will die Samtgemeinde Bersenbrück zukünftig nicht nur 10 % zum Neubau einer Kita beitragen, sondern auch für die Gestaltung der Einrichtung und des Außengeländes die Zuständigkeit übernehmen, was einer weiteren Entlastung der Mitgliedsgemeinden von 10 % entspricht.

Er macht ferner darauf aufmerksam, dass es durch die neue Regelung auch zu einer Verwaltungsvereinfachung kommt, welche auch den Mitgliedsgemeinden zugute kommt, indem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den einzelnen Mitgliedsgemeinden ein wenig entlastet werden und die freien Kapazitäten für andere Aufgaben verwendet werden können.

Ratsherr Menke führt weiter aus, dass dem Bericht des Samtgemeindebürgermeisters zu entnehmen war, dass die Aufwendungen der Samtgemeinde Bersenbrück für die Kinderbetreuung bis 2020 auf knapp 7 Mio. Euro ansteigen werden. Wenn man alles zusammen betrachtet, können die Samtgemeinde Bersenbrück und die Mitgliedsgemeinden mit dem Verwaltungsvorschlag sehr gut leben. Die Fraktionen des bunten Bündnisses, und zwar die Gruppe SPD/Bürgerliste Alfhausen, die Fraktion UWG Ankum, die Fraktion UWG Samtgemeinde Bersenbrück und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werden dem Vereinbarungsentwurf zustimmen.

Zu dem Antrag der Gruppe CDU/FDP auf Erhöhung des Baukostenzuschusses von 10 % auf 20 % bzw. von 10 % auf 15 % berichtet Ratsherr Menke, dass die Mehrkosten über den Investitionshaushalt finanziert werden müssen. Dies führt, wie in den vergangenen Jahren, auch zur Aufnahme von neuen Schulden. Das bunte Bündnis wird sich gegen den Vorschlag der Gruppe CDU/FDP aussprechen.

Des Weiteren führt Ratsherr Menke aus, dass das bunte Bündnis anerkennt, dass die Mitgliedsgemeinden der Samtgemeinde Bersenbrück weiter zu stärken sind. Aus diesem Grund wird er unter dem TOP 8. „Anträge und Anfragen“ einen Antrag zur Einrichtung eines Strukturfonds in der Samtgemeinde Bersenbrück stellen, um gerade die finanzschwachen Mitgliedsgemeinden dauerhaft finanziell zu unterstützen.

Ratsherr Wilke teilt mit, dass die Gemeinde Kettenkamp nächstes Jahr eine Krippengruppe bauen will, welche über 500.000 Euro kosten wird. Mit dem Neubau der Krippe habe er nicht gerechnet. Bei 10 % Baukostenzuschuss würde die Gemeinde Kettenkamp einen Baukostenzuschuss von 50.000 Euro von der Samtgemeinde Bersenbrück erhalten. Trotz des Zuschusses ist die finanzielle Belastung für die finanzschwachen Gemeinden sehr hoch. Nach seiner Auffassung würde auch ein Strukturfonds nicht ausreichen. Die Erhöhung des Baukostenzuschusses auf 20 % würde für die Gemeinde Kettenkamp 50.000 Euro mehr bedeuten. Ratsherr Wilke plädiert für einen Baukostenzuschuss von 20 %, und nicht von 15 %.

Ratsherr Menke erläutert, dass der Vorschlag des bunten Bündnisses vorsieht, einen jährlichen Strukturfonds aufzulegen, der gerade den finanzschwachen Mitgliedsgemeinden zugute kommen soll. Ein Strukturfonds mit 250.000 Euro bedeute bei 7 Mitgliedsgemeinden für die Gemeinde Kettenkamp gut 35.000 Euro, und zwar pro Jahr. Es ist vorgesehen, dass finanzschwächere Gemeinden mehr Mittel aus dem Topf erhalten als finanzstarke, indem die Steuerkraftzahlen der einzelnen Mitgliedsgemeinden mit einfließen.

Sodann lässt Ratsvorsitzende Droste zunächst über die Anträge abstimmen:

Ratsherr Wilke erklärt, dass er über eine Baukostenzuschusserhöhung von 20 % keinen Antrag stellen werde, da dieser von der Mehrheit des Samtgemeinderates ohnehin abgelehnt werde.

Danach lässt Ratsvorsitzende Droste über den Antrag der Gruppe CDU/FDP auf Erhöhung des Baukostenzuschusses von 10 % auf 15 % abstimmen.

Der Antrag auf Erhöhung des Baukostenzuschusses von 10 % auf 15 % wird mit 16 Ja-Stimmen und 18 Nein-Stimmen abgelehnt.

Ratsvorsitzende Droste erläutert, dass der Vereinbarungsentwurf eine Erhöhung des Baukostenzuschusses von 10 % vorsieht. Ferner wurde im Hinblick auf die einvernehmliche Mitsprache bei der Festlegung von Inventar und Spielgeräten im Vereinbarungstext eine kurze Ergänzung in § 5 Abs. 5, Abs. 6 und Abs. 9 aufgenommen.

Danach fasst der Rat der Samtgemeinde Bersenbrück, unter Einbeziehung der vorgenannten Ergänzungen, einstimmig folgenden Beschluss: